

der demokratischen Beteiligungsrechte der Bürger erreichen zu können. Dieses Ziel würde wesentlich beeinträchtigt, wenn die Veröffentlichung der gezahlten Agrarsubventionen bis zur Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes ausgesetzt würde.

Das OVG Münster kommt außerdem zu dem Ergebnis, dass es sich nicht um eine unkontrollierte Veröffentlichung betrieblicher Daten handelt, da auf der Internetseite weder erkennbar ist, wie hoch die Vermögenswerte sind noch welche Einnahmen zur Verfügung stehen. Einnahmen werden durch den Verkauf von landwirtschaftlichen Produkten, Tierzucht, Pachteinahmen und vielen weiteren Vermarktungsmöglichkeiten erzielt. Im Internet werden jedoch ausschließlich die Subventionen der EU-Fonds, des Bundes und des Landes Niedersachsen dargestellt. Hierbei handelt es sich um betriebs- oder projektbezogene Beihilfen. Die Veröffentlichung der o. g. Daten im Internet lässt somit keinen Rückschluss darauf zu, wie hoch das Einkommen und Vermögen eines Betriebes bzw. eines Antragstellers ist.

Eine gegen den Beschluss des OVG Münster eingereichte Verfassungsbeschwerde wurde vom Bundesverfassungsgericht nicht angenommen.

Trotz der unterschiedlichen Gerichtsbeschlüsse hat die Europäische Kommission hinsichtlich der verspäteten Veröffentlichung in Deutschland und einer späteren einzelfallbezogenen Sperrung von Daten bereits deutlich gemacht, dass die Verordnung (EG) Nr. 259/2008 weder von nationalen Gerichten noch von einzelnen Mitgliedstaaten außer Kraft gesetzt werden kann. Dieses stehe nur dem Europäischen Gerichtshof zu. Solange eine solche Entscheidung nicht vorliegt, entfaltet die Verordnung uneingeschränkt Rechtsgültigkeit und ist unmittelbar in jedem Mitgliedstaat anzuwenden.

Obwohl eine Einwilligung zur Veröffentlichung der Daten nach dem NDSG nicht erforderlich ist, wenn eine Rechtsvorschrift die Veröffentlichung vorschreibt, enthalten die Antragsvordrucke ab dem Antragsverfahren 2009 entsprechende Erklärungen zur Veröffentlichung von Informationen über die Empfänger von Subventionsmitteln.

Aus diesen Gründen ist Ihr Widerspruch unbegründet. Ihre Daten werde ich zur Veröffentlichung freigeben, sobald dieser Bescheid bestandskräftig ist.

#### Kosten:

Dieser Widerspruchsbescheid ergeht nach Art. 14 Buchstabe b der Richtlinie 95/46/EG in Verbindung mit § 17 a NDSG kostenfrei.